

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,
Wirtschaft und Gleichstellung
am Mittwoch, dem 16.03.2022, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:37 Uhr**

		Seite
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	031/2022 7
4.	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2022 für das Jobcenter Kreis Warendorf	030/2022 9
5.	Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan 2019 bis 2024	267/2021 11

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Budde, Heinrich
Fiedlers, Nils
Geiger, Andrea
Hollenhorst, Elisabeth K.
Kocker, Dennis
Lehnert, Susanne, Dr.
Meyer, Ludger
Mindermann, Ursula
Schmedding, Josef
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
stellv. Ausschussmitglieder
Claßen, Anne
Möllmann, Rolf
Rosenbaum, Ulf
Thiel, Joachim
von der Verwaltung
Beier, Susanne
Böttger, Pascal
Diekhoff, Katrin
Klausmeier, Brigitte
Seidel, Ansgar, Dr.
Gäste
Sua-Ngam-lam, Phanmika

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Bas, Ali

Freiwald, Klaudius

Kirchhoff, Norbert

Schubert, David

Schulte, Stephan

Strübbe, Robert

Wamba, Gilbert

Zimmermeyer-Schürmann, Heike

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Im Licht der Konfliktsituation in der Ukraine drückt sie ihre Bestürzung und Anteilnahme aus und bittet die Anwesenden darum, sich zu erheben. Es folgt eine Schweigeminute im Gedenken an die Opfer.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es sind keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend.

2. Bericht der Verwaltung

Die Sozialdezernentin Frau Brigitte Klausmeier erklärt, dass sie zur Ukraine Krise in allen Ausschüssen in der Zuständigkeit des Sozialdezernats themenbezogen informiere. Für den Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung betreffe dies vor allem die Integration in Arbeit.

Aktuell seien im Kreis Warendorf 830 Flüchtlinge aus der Ukraine gemeldet, davon 314 männlichen und 516 weiblichen Geschlechts bzw. 481 Erwachsene und 349 Kinder. Die erhöhte Zahl an weiblichen Flüchtlingen rühre besonders daher, dass männliche Ukrainer zwischen 18 und 60 Jahren das Land aufgrund einer allgemeinen Wehrpflicht nicht verlassen dürfen. Frau Klausmeier berichtet weiter, dass der Aufenthaltsstatus auf Basis der vorübergehenden Schutzwürdigkeit bestehe und die Betroffenen in den ersten drei Monaten von dem Erfordernis einer Aufenthaltserlaubnis befreit seien. Der Kreis Warendorf werbe trotz allem für die Anmeldung bei der Ausländerbehörde über ein Internetformular. Frau Klausmeier führt ferner aus, dass die Geflüchteten nach Antragsstellung eine sogenannte Fiktionsbescheinigung und eine Arbeitserlaubnis erhalten. Da sich Ansprüche allerdings aus dem Asylbewerberleistungsgesetz und nicht aus dem SGB II oder SGB XII ergeben, sei der Kreis Warendorf weder für die Sicherung des Lebensunterhalts noch für die Integration in Arbeit zuständig. Trotz der momentan nicht gegebenen sachlichen Zuständigkeit betont Frau Klausmeier, dass man natürlich helfe, wo immer man könne. Außerdem würde der Kreis Warendorf eine Aufgabenverlagerung ins SGB II und damit ins Jobcenter begrüßen; hier sei man – auch aufgrund der Erfahrungen aus der Flüchtlingswelle 2015/2016 – gut aufgestellt.

Herr Dr. Seidel skizziert daraufhin mit der Lissa-Software-Umstellung ein Thema aus dem Jobcenter, über das er bereits im November-Ausschuss 2021 informiert hat. In der Folge der Umstellung des Fachverfahrens sei es Ende 2021 zu Problemen bei der Datenerhebung gekommen. Zwar sei die Leistungserbringung zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen, allerdings konnten teilweise keine Daten für die Statistik der Bundesagentur für Arbeit erhoben werden. Daher sei das Jobcenter für Oktober und November von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt worden und im Dezember habe es sogar einen kompletten Datenausfall gegeben. Die Meldungen für Januar und Februar 2022 hätten hingegen funktioniert. Dennoch werde es im weiteren Jahresverlauf wohl immer wieder Situationen geben, in denen man aufgrund dieser Vorkommnisse keine exakten Daten liefern könne; außerdem hätten die Jobcenter-Mitarbeitenden umfangreich händisch nacherfassen müssen, was natürlich Auswirkungen auf das Kerngeschäft gehabt habe. Hier komme erschwerend hinzu, dass die Personalsituation – wie ebenfalls schon im November-Ausschuss berichtet – weiterhin angespannt sei. So gebe es momentan allein im Sachgebiet aktivierende Leistung 14 Vakanzen.

3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	031/2022
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Seidel berichtet anhand der als Anlage 1 beigefügten PowerPoint-Präsentation über den Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf. Für 2021 zeigt er am Beispiel des Rückgangs der Bedarfsgemeinschaften, der überdurchschnittlichen Integrationsquote und BuT-Ausgaben auf, dass es bei allen Herausforderungen erneut ein gutes Jahr gewesen sei. Dagegen sei der Start in das Jahr 2022 im Integrationsbereich deutlich schlechter als in 2021 gewesen. Man rechne eher mit einem schwierigen Jahresverlauf, der insbesondere wegen des Krieges in der Ukraine von vielen Ungewissheiten begleitet werde. Am Beispiel der abgebildeten Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (Folie 5) verdeutlicht er die Abweichungen, die sich aus der bereits im letzten Ausschuss angekündigten Umstellung der Lissa-Zahlen auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit im Jahresverlauf 2022 ergeben.

Frau Mindermann und Herr Thiel (beide B90/Die Grünen) bitten daraufhin um Spezifizierung der in der Präsentation genannten offen gemeldeten Stellen. Herr Dr. Seidel erläutert, dass es sich sowohl um Teilzeit- als auch um Vollzeitstellen handele und dass auch das Gastgewerbe repräsentiert sei. Dieses leide aktuell besonders darunter, dass sich ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Corona-Pandemie umorientiert und Berufe in anderen Gewerben gefunden hätten. Allgemein gebe es umfangreiche Programme zur Verminderung der Diskrepanz zwischen der Zahl an offenen Stellen und der Anzahl an Leistungsberechtigten. Allerdings müsse man sich bewusst sein, dass gerade viele Langzeitleistungsbeziehende eine große Arbeitsmarktferne hätten und die Integration häufig nur sehr kleinschrittig gelingen könne. Dies werde sich auch im Bericht zum Arbeitsmarktprogramm widerspiegeln. Auf Nachfrage von Herrn Schulze Westhoff (CDU) zu den verhaltenen Integrationszahlen Anfang 2022 führt Dr. Seidel aus, dass die hohe Belastung durch die Software-Umstellung und die Vakanzen sicherlich mitursächlich seien, aber entscheidend sei wohl die große Arbeitsmarktferne vieler Langzeitleistungsbezieher, und es würden wohl auch die sehr guten Integrationszahlen der Vorjahre eine Rolle spielen. Auf die Frage von Herrn Fiedlers (FWG), ob man bei der Auswahl des Jobcenter-Personals nicht die Standards senken könne, verweist Herr Dr. Seidel auf die besonderen Problemstellungen in der täglichen Fallbearbeitung und das damit verbundene hohe Maß an notwendiger Fachkompetenz. Frau Klausmeier führt außerdem aus, dass man bei der Personalakquise natürlich kreativ sei und verweist auf das Modell der sog. Quereinsteiger.

Herr Fiedlers (FWG) möchte außerdem wissen, in wie weit sich die erhöhten Energiepreise bereits auf die Leistungen ausgewirkt haben. Herr Dr. Seidel erklärt, dass grundsätzlich nach der Energieart unterschieden werden müsse, um die Belastungen für den Kreis feststellen zu können. Strom werde als Teil des Regelbedarfs vollumfänglich vom Bund getragen, Heizenergie habe einen kommunalen Finanzierungsanteil. Sicherlich werde es hier zu Steigerungen kommen, für belastbare Bezifferungen sei es hingegen noch zu früh.

Abschließend bittet Frau Mindermann (B90/Die Grünen) um Erläuterung der gezeigten Ausgaben für Bildung und Teilhabe, insbesondere in Bezug auf die Mittagsverpflegung. Es wird erläutert, dass das Starke-Familien-Gesetz Mitte 2019 in Kraft getreten ist und sich dadurch die Aufwendungen des Kreises für Mittagsverpflegung erhöht haben.

4.	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2022 für das Jobcenter Kreis Warendorf	030/2022
-----------	--	-----------------

Die Leiterin des Sachgebiets aktivierende Leistungen Frau Susanne Beier stellt anhand der als Anlage 2 beigefügten PowerPoint-Präsentation die Kernpunkte des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms 2022 für das Jobcenter Kreis Warendorf (AMP) vor. Dabei geht sie auch auf das fa:z-modell ein, das eine stärkere Ressourcenbetrachtung und Kompetenzvermutung vornehme. Durch dieses Profiling werde zukünftig aufgrund der Kompetenzvermutung mehr Jugendlichen eine Ausbildungsreife zugesprochen werden. Dies werde dazu führen, dass es zum Ende des nächsten Schuljahres deutlich mehr Ausbildungsstellensuchende und somit auch mehr unversorgte Jugendliche geben werde als in den Vorjahren. In Bezug auf die Amazon-Integrationen berichtet Frau Beier, dass das Jahr 2021 mit rd. 200 Vermittlungen nach momentanem Stand nicht als Orientierung tauge, sondern geringere Zahlen erwartet würden. Ferner führt Frau Beier aus, dass – auch aufgrund des hohen Fachkräftemangels und der großen Arbeitsmarkterne vieler leistungsberechtigter Menschen – das Jobcenter den Gedanken des Abbaus von Hemmnissen und der Qualifizierung noch größeres Gewicht beimessen wolle; 2022 sehe das Jobcenter Qualifizierungen mindestens gleichwertig zur Integration in Arbeit.

Zu den geschäftspolitischen Schwerpunkten erklärt Dr. Seidel, dass man 2022 tief in die Sozialräume hineingehen und verfestigte Kooperationsstrukturen mit den dortigen Akteuren forcieren wolle. Auch dies erfordere im Hinblick auf das intensive Tagesgeschäft viel Kraft; für eine auch zukünftig erfolgreiche Arbeit sei es aber erforderlich, nicht nur an den schnellen Erfolg zu denken, sondern sich planvoll mittel- und langfristig zu orientieren. Schließlich berichtet Dr. Seidel, dass wegen der Corona-Lage der Beirat leider nur im Umlaufverfahren beteiligt worden sei, es aber keine Einwendungen gegen das Arbeitsmarktprogramm 2022 gegeben habe; Ausdrücklich erwähnt er die Rückmeldungen des Herrn Bange als Vertreter der Gewerkschaften, der ebenfalls auf die hohe Diskrepanz zwischen offenen Stellen und Menschen im Leistungsbezug hinweise, der Beratung und Qualifizierung Vorrang vor schneller Vermittlung gebe und explizit geäußert habe, dass die Jobcenter-Pläne in die richtige Richtung weisen würden.

Herr Thiel (B90/Die Grünen) möchte im Anschluss wissen, ob eine Analyse der offenen Stellen nach Art und Qualität stattfinde. Frau Beier erläutert, dass die Zusammenführung der offenen Stellen in erster Linie bei der Bundesagentur für Arbeit stattfinde. Das Jobcenter Kreis Warendorf prüfe daraufhin, welche Branche betroffen sei, ob es weitere, der Bundesagentur unbekannte Stellen gebe und welcher Handlungsbedarf bestehe. Ziel soll es sein festzustellen, ob die Stellen „einfach“ besetzt werden können oder dafür eine Spezialqualifikation nötig sei.

Herr Schulze Westhoff (CDU) dankt Frau Beier und Herrn Dr. Seidel für den Vortrag und erklärt, das AMP zeige die exzellente Arbeit des Jobcenters. Man könne diesem daher ruhigen Gewissens zustimmen.

Beschlussvorschlag:

Dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2022 für das Jobcenter Kreis Waren-
dorf
wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1 (AfD)

5. Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan 2019 bis 2024

267/2021

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Katrin Diekhoff berichtet anhand der als Anlage 3 beigefügten PowerPoint-Präsentation über den Stand des Gleichstellungsplans 2019 bis 2024.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) dankt ihr und macht darauf aufmerksam, dass das Thema Teilzeitbeschäftigung weiterhin hauptsächlich in Bezug auf Kinderbetreuung betrachtet wird. Sie fragt, ob es auch Anzeichen für die Teilzeitbeschäftigung als Lebensmodell beim Kreis Warendorf gebe. Frau Diekhoff bejaht dies und erklärt, dass in solchen Beispielen häufig kleinere Reduzierungen der Wochenstundenzahl zu verzeichnen seien.

Auf die Anmerkung von Herrn Schulze Westhoff (CDU), dass die Ziele des Gleichstellungsplans hauptsächlich auf Frauenförderung fokussiert seien, erklärt Frau Diekhoff, dass für sie die Förderung von Männern in Bereichen, in denen Frauen überrepräsentiert seien, natürlich ebenso wichtig sei. In der Zielformulierung werde dies allerdings tatsächlich nicht deutlich.

Herr Fiedlers (FWG) bittet Frau Diekhoff um Ausführung, was speziell im Bereich der IT zur Frauenförderung betrieben werde. Frauen seien hier ebenso gut qualifiziert, der Bereich habe aber immer noch das Image eines „Nerdjobs“. Frau Diekhoff stimmt ihm zu und erklärt, dass es besonders in der Nachwuchsgewinnung gezielte Ansprachen diesbezüglich gebe. Allerdings sei das Bild in der Öffentlichkeit noch sehr männlich, was zu wenigen bis keinen Bewerbungen von Frauen für den IT-Bereich führe.

Auf die Frage von Herrn Thiel (B90/Die Grünen) nach den Verfassern des Zwischenberichts, erläutert Frau Diekhoff, sie werde vom Sachgebiet Personalentwicklung im Haupt- und Personalamt tatkräftig unterstützt.

Abschließend bittet Frau Mindermann (B90/Die Grünen) um Erläuterung der Diskrepanzen bei der Nutzung von Fortbildungsmöglichkeiten von Frauen und Männern. Frau Diekhoff gibt zu Protokoll, dass das hauseigene Fortbildungsprogramm „Qualifizierung, Entwicklung, Training“ schwerpunktmäßig fachübergreifende Fortbildungen anbiete, die Themen aus den Bereichen Persönlichkeitsentwicklung, Sozial- und Methodenkompetenzen, Gesundheits- und Arbeitsschutz oder Führungskräftebildungen zum Gegenstand haben. Hier ist das Interesse der Frauen größer als das der Männer. Fachfortbildungen an sich werden häufig bei externen Anbietern besucht. Zu den externen Fachfortbildungen gehören auch die jährlichen 30-Stunden-Pflichtfortbildungen für die Verwendung von Personal im Rettungsdienst und in der Leitstelle, in dem zum größten Teil Männer beschäftigt seien. Ebenso seien bei technischen Aufgaben eher Fachfortbildungen als Fortbildungen aus dem hauseigenen Programm gefragt.

Beschlussvorschlag:

Der Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan 2019 bis 2024 für die Kreisverwaltung Warendorf wird zur Kenntnis genommen.

Die im Zwischenbericht vorgesehenen bzw. angepassten Maßnahmen werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Sitzung um 10:37 Uhr.

Elisabeth K. Hollenhorst
Vorsitzende

Brigitte Klausmeier
Schriftführerin